KLARTEXT

Sozialistische Monatszeitung für Rostock und den Landkreis Rostock

DIE LINKE.

Nr. 263 - 29. Jahrgang
FEBRUAR 2021
Spendenbeitrag 50 Cent

TAGE DES GEDENKENS

Am 27. Januar 1945 befreite die Rote Armee das Konzentrationslager Auschwitz. Sie rettete Tausende von Angst, Schmerz und unglaublichem Leid gezeichnete Jüdinnen und Juden, Angehörige von Minderheiten, Menschen mit Behinderungen, Kranke und Regimegegner*innen vor dem oft sichergeglaubten Tod durch die Nazi-Schergen.

Heute, 76 Jahre nach der Befreiung, leben nur noch wenige Holocaust-Opfer. Mit ihren Zeugnissen tragen sie die Hoffnung und zugleich Mahnung, dass die Erinnerung wach bleiben muss und dass wir auch nach ihnen nie vergessen dürfen und werden.

Antisemitisches, rassistisches und menschenfeindliches Gedankengut, Verschwörungsmythen, bewusste Desinformation und skrupellose Lügen und eine dramatische Zunahme rechtsextremer Gewalt bedeuten für uns auch, dass dieser Tag nicht nur Erinnern und Gedenken bedeuten darf. Antifaschismus muss unser aller Versprechen bleiben: Wir müssen den Anfängen wehren und werden uns den alten und neuen Nazis konsequent entgegenstellen.

In dem Europa, das wir wollen, muss das Wissen über und die Erinnerung an die Schoa endlich ergänzt werden: um die Vielfalt jüdischer Geschichte und Gegenwart in Europa.

Auch in Rostock und im Landkreis Rostock fanden eingeschränkt Gedenkveranstaltungen statt (siehe Fotos).

Text: www.dielinke-europa.eu / Fotos: Andreas Reinke, Nico Burmeister

GEDENKEN AN ROSA UND KARL - TROTZ ALLEDEM

Vor 102 Jahren, am 15. Januar 1919, wurden Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg in Berlin von Angehörigen der rechtsextremen Garde-Kavallerie-Schützen-Division unter Leitung von Waldemar Pabst ermordet. „Ich war, ich bin, ich werde sein“ – so beendete Rosa Luxemburg ihren letzten Artikel nach der Niederschlagung des Januaraufstandes. Sie meinte damit die Revolution. Diese hatte seit dem 9. November 1918 als breite Volksbewegung gegen den Krieg die Monarchie in Deutschland hinweggefegt. Aber sofort nachdem die ‚deutsche Republik‘ (Philipp Scheidemann, Mehrheitssozialdemokratie) bzw. die ‚freie sozialistische Republik Deutschland‘ (Karl Liebknecht, Spartakusbund) ausgerufen worden waren, hatten die alten Eliten damit begonnen die Konterrevolution zu organisieren. Und dies mit Erfolg. Mit dem Ebert-Groener-Pakt wurde die Machtbasis für die Durchsetzung der mehrheitssozialdemokratischen Vorstellungen einer bürgerlichen Demokratie und der Beginn der Niederschlagung aller Bewegungen, die über die Parlamentarisierung und den Achtstundentag hinausgehende demokratische Ideen verfolgten, gelegt. Die Truppen des sozialdemokratischen Wehrministers Gustav Noske waren es, die die drei Führer der zur Jahreswende 1918/1919 neu gegründeten Kommunistischen Partei Deutschlands – Rosa Luxemburg, ihren Freund und Förderer Leo Jogiches († 10. März 1919) und Karl Liebknecht – meuchlings ermordeten. Waldemar Pabst, der sich vor der Ermordung von Rosa und Karl erst noch von Noske dafür grünes Licht geholt hatte, wurde für seine Taten nie gerichtlich belangt und starb im Alter von 90 Jahren in Frieden und Wohlstand, natürlich in Westdeutschland.

Nachdem in diesem Jahr das für den 10. Januar 2021 geplante Stille Gedenken für Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht auf dem Friedhof der Sozialisten aufgrund der sehr kritischen Corona-Lage in Berlin verschoben werden musste, wird es hoffentlich am 14. März 2021, wenige Tage nach dem 150. Geburtstag von Rosa am 5. März, stattfinden können. Egal wie, wir werden ihrer immer gedenken und sie nie vergessen!

Jan Korte

In dieser Ausgabe

Seite 2: Aktuelles
Seite 3: Neujahrsgrüße HRO
Seite 4: Neujahrsgrüße LRO
Seite 5: Aus dem Landtag
Seite 6/7: Bürgerschaft
Seite 8: Amazon
Seite 9: Nachruf
Seite 9: BO Kühlungsborn
Seite 10: Nachrufe Lütten Klein
Seite 12: Agrarkonzept

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,
das neue Jahr beginnt mit guten und schlechten Umfragewerten für unsere Partei. Auf Landesebene haben wir uns auf 16 % gesteigert. Es sind natürlich nur Umfragen, aber sie sind das Ergebnis konzentrierter und geschlossener Arbeit auf vielen Ebenen, von der Landtagsfraktion bis zur Basis. Zum Vergleich: DIE LINKE in Nordrhein-Westfalen liegt aktuell bei drei Prozent.
Auf Bundesebene müssen wir noch deutlich zulegen. Vom Bundesparteitag Ende Februar dürfen wir ein klares Signal erwarten, mit welcher Strategie wir in den Wahlkampf ziehen werden. Der KLARTEXT wird in der nächsten Ausgabe hierüber berichten. Auf Seite 9 könnt Ihr eine Meinungsäußerung zum Thema Regierungsbeteiligung lesen. Aber Rot-Rot-Grün auf Bundesebene ist ja ohnehin völlig unrealistisch. Es wäre gut, unsere Wahlstrategie danach auszurichten, anstatt jetzt schon inhaltliche Kompromisse zu machen, die unser Profil unnötig verwässern.
Liebe Leserinnen und Leser, wir können über alles streiten, aber wir sind uns doch sicher einig: Gesundheit ist das Wichtigste. Herzliche Genesungswünsche senden wir an Prof. Wolfgang Methling, der sich derzeit von einer schweren Corona-Erkrankung erholt. Auch Karen Larisch wünschen wir eine schnelle Genesung und senden ihr herzliche Grüße.
Viel Vergnügen beim Lesen dieser Ausgabe unserer Mitgliederzeitung wünscht Euch die KLARTEXT-Redaktion. *Carsten Penzlin*

AKTUELLES

Es ist höchste Zeit für die Verankerung von Kinderrechten im Grundgesetz

Zur Einigung von SPD und CDU auf einen Wortlaut zur Verankerung der Kinderrechte im Grundgesetz erklärt die kinder-, jugend- und familienpolitische Sprecherin der Linksfraktion, Jacqueline Bernhardt:
„Es höchste Zeit, dass nach jahrelangem Gezeter und Gezerre ein Textvorschlag für die Verankerung der Kinderrechte im Grundgesetz zustande gekommen ist.
Gerade auch die Corona-Krise zeigt, dass Kinder und Jugendliche oftmals hinten runterfallen. So gelingt es trotz der Schließung von Kitas und Schulen nicht, die Leistungen nach dem Bildungs- Teilhabepaket für Kinder aus Familien, die in Armut leben, direkt an die Familien auszuzahlen. Eine Verankerung der Kinderrechte ins Grundgesetz könnte auch hier Signalwirkung haben, die gesellschaftliche Teilhabe und Grundbedürfnisse von Kindern und Jugendlichen viel stärker in den Fokus zu nehmen.
Allerdings bleibt der bekannt gewordene Wortlaut hinter der UN- Kinderrechtskonvention zurück, die von einer vorrangigen Berücksichtigung des ‚Kindeswohles' bei Entscheidungen spricht und nicht von einer bloßen Berücksichtigung des Kindeswohls. Meiner Fraktion war auch stets wichtig, dass es bei einer Verankerung der Kinderrechte nicht nur um Schutz und Fürsorge des Staates geht, sondern um den Dreiklang von Schutz, Fürsorge und Beteiligung bei sie betreffenden Entscheidungen. Gerade die Beteiligung blieb auch in der Corona-Krise auf der Strecke. Bedürfnisse und Rechte von Kindern und Jugendlichen müssen endlich den ihnen zustehenden Rang erhalten."

AKTUELLES

Atomwaffenverbotsvertrag muss auch ein Thema für die SPD in MV sein!

Im Januar trat der Vertrag über ein Atomwaffenverbot in Kraft. Vor fünf Jahren haben ihn 122 Staaten unterzeichnet und mit Honduras das 51. Land bereits ratifiziert. Mit diesem Vertrag werden auf den Hoheitsgebieten der Staaten, die diesen Vertrag ratifizieren, die Entwicklung, Produktion, Test, Lagerung, Transport und Einsatz von Kernwaffen verboten. Deutschland hat sich hieran nicht beteiligt. Die Bundesregierung beharrt auf dem Konzept der „nuklearen Teilhabe" im Rahmen des NATO-Bündnisses.

DIE LINKE Mecklenburg-Vorpommern fordert, dass die Bundesregierung umgehend ihre Haltung zum Atomwaffenverbotsvertrag ändert. Mit dieser wird die Welt nicht sicherer. Hierzu Wenke Brüdgam: „Von der SPD in Mecklenburg-Vorpommern erwarten wir, dass sie sich ebenfalls für die Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrags stark macht. Während die SPD auf Bundesebene sich eben hierfür ausspricht, lässt man den Bundesaußenminister Maas sich munter und unwidersprochen für die fortdauernde Stationierung von Atomwaffen in Deutschland einsetzen. Eine solche Doppelmoral ist nicht akzeptabel."

Mit dem Inkrafttreten des Atomwaffenverbotsvertrags wächst der Druck auf die Bundesregierung. Abschließend dazu Torsten Koplin: „Die SPD hierzulande kann gerade wegen einiger einflussreicher Persönlichkeiten in ihren Reihen mithelfen, dass sich die Haltung der Regierung Deutschlands in dieser Frage ändert."

www.originalsozial.de

NEUJAHRSGRÜSSE DER KREISVORSITZENDEN

Liebe Leserinnen und Leser,
das Jahr 2020 ist Geschichte, die Probleme bleiben. Wir können heute noch gar nicht abschätzen, wie die Pandemie unsere Gesellschaft, ja wie sie uns selber verändern wird. Wir wünschen Euch, dass Ihr gut durch diese schwierigen Monate kommt, dass Ihr und Eure Lieben gesund bleiben. Hoffen wir, dass unsere politische Arbeit bald wieder uneingeschränkt möglich ist. Wäre es nicht wunderbar, wenn wir uns am 1. Mai alle wiedersehen könnten?
Vor uns liegt ein „Superwahljahr“ mit Bundes- und Landtagswahlen. Wir sind gespannt, wie Wahlkampf unter Coronabedingungen aussehen wird. Leicht werden wir es unseren politischen Gegnern nicht machen. Die Menschen müssen doch spätestens in dieser Krise begriffen haben, dass wir unsere Gesellschaft nach grundlegend anderen Prinzipien organisieren müssen. Das Gesundheitssystem muss den Menschen dienen, nicht der Ökonomie. Unser Rentensystem offenbart im Vergleich zu anderen Staaten eklatante Schwächen. Wohnen muss bezahlbar bleiben, auch wenn damit die Profitinteressen von Eigentümern und Anlegern hinten runterfallen. Euch fällt sicherlich noch viel mehr ein.

Für viele Menschen wird die Lehre aus der Coronakrise sein, dass man sich auf den Staat nicht verlassen kann. Auf diesen Staat kann sich auch niemand verlassen – außer die üblichen Verdächtigen, die ihre Verluste sozialisieren und großzügig mit Staatsknete bedient werden. Wir wollen aber keine Gesellschaft, in der die Schwachen auf sich allein gestellt sind. Wir brauchen einen starken Staat, der Menschen in Not unterstützt, der ihnen die Sorge vor sozialem Abstieg nimmt, der die starken Schultern in die Pflicht nimmt und für sozialen Ausgleich sorgt.
Unsere Ziele für 2021: Den Wahlkreis für Dietmar Bartsch gewinnen, vielleicht auch bei der Landtagswahl ein Direktmandat erringen, gestärkt in den Landtag einziehen, den Einzug der FDP verhindern, die AfD schwächen, mehr sichere Radwege bauen, unser Spendenaufkommen im Kreisverband erhöhen, Hansa steigt auf, kein Sonnenbrand im Wahlkampf ...
Gemeinsam schaffen wir das. An dieser Stelle möchten wir uns herzlich für Euer Engagement im zurückliegenden Jahr bedanken. Dafür fühlt Euch umarmt! Wir wünschen Euch ein wachsames Auge auf die Ungerechtigkeiten in der Welt.

Herzlichst,
Eva-Maria Kröger & Carsten Penzlin

KOLUMNE VON DIETMAR BARTSCH

156 Jahre Arbeit

Corona betrifft alle gleichermaßen. Dieser Satz wird in der Krise gerne bemüht und doch ist er grundfalsch. Die Wahrheit ist, dass Corona die Gesellschaft weiter zerreißt.
In Deutschland muss eine Pflegekraft 156 Jahre arbeiten, um auf das durchschnittliche Jahresgehalt eines DAX-Vorstandes zu kommen: 5,6 Millionen Euro. Während die Börsen im vergangenen Frühjahr kurzzeitig eingeknickt sind, eilen sie seitdem von Rekord zu Rekord. Die Wahrheit hinter dieser Krise lautet: Wer hat, dem wird gegeben. Deutschland hat mitten in der Krise mehr Milliardäre als vor der Krise. Und diejenigen, die schon vor dem Virus Milliardäre waren, sind heute noch reicher.
Oxfam hat in dieser Woche eine erste Bilanz gezogen. Deutschlands Milliardäre verfügen zusammen über 607 Milliarden. Die zehn Reichsten allein über 242 Milliarden Dollar. 35 Prozent mehr als vor der Krise. Da geht gerade jeder Maßstab verloren. Keiner hat mehr Milliarden dazu gewonnen als LIDL-Chef Schwarz. Kaum etwas ist davon bei seinen Verkäuferinnen und Verkäufer angekommen.
Man muss es sich vorstellen: Millionen Menschen kämpfen wahlweise mit Kurzarbeit, unterbundener Selbstständigkeit, Homeschooling oder mehr als einem dieser Probleme. Existenzangst auf der einen Seite, mehr Milliarden auf der anderen Seite.
Eine derartige Polarisierung hält auf Dauer keine Gesellschaft aus. Ich mache es deshalb konkret. Ab einem privaten!! Vermögen von zwei Millionen Euro brauchen wir eine einmalige Vermögensabgabe. Es kann nicht sein, dass die unten und in der Mitte die Lasten der Krise zu zahlen haben.
Außerdem brauchen wir endlich Steuergerechtigkeit. Die Krankenschwester, die seit Monaten am Anschlag schuftet, braucht mehr Brutto, aber eben auch mehr Netto.

www.dietmar-bartsch.de

Hier zeigt Hubertus Heil, wie lange er gebraucht hat, um unsere Forderung nach einem **Corona-Zuschlag** für Hartz-IV-Beziehende aufzugreifen. Ob die Umsetzung schneller geht?

GEDANKEN ZUM ALTEN UND NEUEN JAHR

Anfang 2020 hätte kaum jemand gedacht, dass ein Virus unsere Gesellschaft so in Atem hält. Auch ohne die Corona-Pandemie war es ein spannendes und arbeitsreiches Jahr 2020. Ein neuer Kreisvorstand sowohl mit erfahrenen als auch neuen Genossinnen und Genossen nahm seine Arbeit auf. Unser Peter Hörnig kandidierte nicht wieder als Kreisvorsitzender und der Genosse Nico Burmeister übernahm dieses Ehrenamt. Gleichzeitig wechselte Genosse Peter Georgi, der noch im Jahr zuvor mit vollem Einsatz als Geschäftsführer für unseren Kreisverband die Kommunalwahlen organisierte, nach Vorpommern. An seiner Stelle übernahm Genosse Andreas Reinke, der seit Jahren als Geschäftsführer auch den Kreisverband Rostock Stadt betreut, die geschäftsführende Arbeit im Landkreis Rostock.

Die größte politische Herausforderung war für uns alle der Landratswahlkampf. Nicht nur die Corona-Pandemie erschwerte einen bürgernahen Wahlkampf. Erstmals war die Landratswahl an keine Landtags- oder Bundestagswahl gekoppelt und die Wahlbeteiligung war dementsprechend gering. Mit unserem Kandidaten Michael Noetzel konnten wir einen erfahrenen Volljuristen ins Rennen schicken, der für das Amt des Landrates in jeder Hinsicht geeignet ist. Dass der Amtsinhaber letztlich schon in ersten Wahlgang zum Sieger gekürt wurde, lag weniger an seinem vermeintlich erfolgreichen Handeln der letzten Jahre, sondern vielmehr an der Corona-Politik der Landesregierung, die auf große Zustimmung in der Bevölkerung traf.

Es gab weniger Möglichkeiten für unseren Kandidaten, sich bei den Bürgerinnen und Bürgern vorzustellen, als gewöhnlich. Das ist für einen bis dato relativ unbekannten Kandidaten eine denkbar schlechte Ausgangssituation. Dennoch nahm Genosse Noetzel alle Termine wahr, die ihm angetragen wurden – teilweise sogar als einziger Kandidat bei lokalen Veranstaltungen. Mit einer Anzeigenserie im auflagenstarken BLITZ konnten wir dank Sonderkonditionen recht kostengünstig mehrmals in den Briefkästen der Menschen landen.

Das Ergebnis von knapp 12 Prozent spiegelte zu diesem Zeitpunkt unsere landesweiten Umfragewerte wieder. Unsere Anstrengungen waren also nicht umsonst. Die Behauptungen mancher Führungspersönlichkeiten innerhalb der Landespartei, dass unser Wahlkampf umsonst gewesen wäre und wir uns die Mühen und das Geld hätten sparen sollen, wurden deutlich widerlegt. Auch wenn wir uns nicht zufrieden zeigen können mit dem Wahlergebnis, können wir dennoch stolz sein auf das Erreichte!

Das neue Jahr wird nicht weniger spannend als das alte, denn 2021 stehen Landtags- und Bundestagswahlen an. Den Wahlkampf auch hier kraftvoll zu führen, wird für uns alle wieder Anstrengungen bedeuten, die wir gemeinsam meistern werden. Um für unsere Partei bestmögliche Ergebnisse zu erzielen, haben sich bereits vier Genossinnen und Genossen bereit erklärt, direkt für den Landtag zu kandidieren und damit Stimme und Gesicht für unsere Partei zu sein. Peter Georgi möchte erneut im Nordosten unseres Landkreises kandidieren, unter anderem in seiner Wunschheimat Roggentin. Michael Noetzel möchte unsere Partei im Bereich Bad Doberan vertreten. Karen Larisch möchte wieder im Bereich Güstrow und Bützow kandidieren und Hans Müller hat sich bereit erklärt im Raum Teterow direkt zu kandidieren.

Die bevorstehenden Wahlen werden in nicht geringem Maße die Handlungsfähigkeit unserer Landespartei und unseres Kreisverbandes bestimmen. Bei guten und sehr guten Ergebnissen verfügen wir über eine Fraktion, die die wesentlichen Politikfelder inhaltlich bearbeiten kann. Zusätzlich könnten weitere hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fraktion und der Abgeordneten verstärkt dort linkspolitische Akzente setzen, wo unsere ehrenamtlich engagierten Genosinnen und Genossen es nicht mehr können. Bei mäßigen oder schlechten Ergebnissen hingegen haben wir den gegenteiligen Effekt: weniger Abgeordnete können weniger Politikfelder bearbeiten und in der Folge stehen auch weniger Hauptamtliche zur politischen Arbeit zu Verfügung.

Die Corona-Pandemie wird auch die kommenden Monate eines der bestimmenden Themen sein. Trotzdem dürfen wir den Mut nicht verlieren. Gregor Gysi prägte den Satz: „Kopf hoch – und nicht die Hände“. Die Menschen im Landkreis Rostock und in Mecklenburg-Vorpommern haben es verdient, für eine lebenswertere Gesellschaft zu streiten. Ich wünsche allen Genossinnen & Genossen sowie allen Sympathisantinnen & Sympathisanten ein erfolgreiches und vor allem gesundes Jahr 2021 – zusammen werden wir alle Herausforderungen bewältigen.

Nico Burmeister, Kreisvorsitzender DIE LINKE Kreisverband Landkreis Rostock

DIE LINKE wählt Direktkandidaten im Altkreis Bad Doberan

Am 30. Januar 2021 hat der Kreisverband der LINKEN Landkreis Rostock seine Direktkandidaten für die Landtagswahlkreise 11 und 12 (Altkreis Bad Doberan) unter strenger Einhaltung der Corona Schutzbestimmungen gewählt.

Peter Georgi wurde mit 100 Prozent der Stimmen zum Direktkandidaten im Wahlkreis 12 gewählt. Georgi ist stellvertretender Bürgermeister in Roggentin und hat jahrelange kommunalpolitische Erfahrung im Kreistag gesammelt.

Ebenfalls mit 100 Prozent nominierten die Anwesenden Mitglieder der Partei den Juristen Michael Noetzel für den Wahlkreis 11. Noetzel arbeitet als Mitarbeiter im NSU-Ausschuss des Landtages und trat bereits 2020 als Landratskandidat der LINKEN im Landkreis an. Davor war er als Rechtsanwalt in der Hansestadt Rostock tätig.

„Mit Michael Noetzel und Peter Georgi haben wir zwei fähige und erfahrene Männer für den Kampf um die Direktmandate im Altkreis Bad Doberan geschickt“, erklärt Nico Burmeister, Kreisvorsitzender der LINKEN im Landkreis Rostock. Gemeinsam mit den Mitgliedern und Sympathisant*innen der Partei werde man einen engagierten Wahlkampf führen, so Burmeister weiter. Im Mittelpunkt müssten künftig wieder die Bedarfe und Interessen der Menschen über ökonomischen Beweggründen stehen. Es gelte einen Politikwechsel im Land zu erreichen.

Die Partei wählt ihre Direktkandidat*innen für den Altkreis Güstrow (WK15 & 16) am 27. Februar 2021. *Pressemitteilung*

Klimaschutz in M-V wird auch mit Stiftung nicht zum Selbstläufer

Zum Beschluss im Landtag, eine Stiftung „Klima- und Umweltschutz MV“ zu errichten, erklärt die energie- und umweltpolitische Sprecherin der Linksfraktion, Dr. Mignon Schwenke:

„Der Klimaschutz in M-V schwächelt. Die Schutzziele werden nicht erreicht, die Treibhausgasemissionen verharren seit Jahren auf einem hohen Niveau. Von der Gründung der Stiftung für Klimaschutz können neue Impulse ausgehen, damit M-V seinen Beitrag zur Erreichung der nationalen und internationalen Klimaschutzziele leistet. Doch allein die Gründung einer Stiftung wird nicht ausreichen, den Klimaschutz auch tatsächlich voranzubringen.

Die Landesregierung wurstelt beim Klimaschutz seit Jahren ohne Strategie, ohne konkrete Maßnahmen oder abrechenbare Ziele. Damit muss Schluss sein. Die in Aussicht gestellten Gelder für den Klimaschutz, die durch die Stiftung fließen könnten, dürfen nicht in Projekte und wohlklingende Maßnahmen, die keinen Effekt haben, gepumpt werden. Es ist eine Strategie erforderlich, die auf einem Klimaschutzgesetz fußen sollte.

Darüber hinaus ist klar, dass es auf dem Weg über den Atom- und Kohleausstieg hin zu 100 Prozent Erneuerbarer Energien notwendig ist, auf Gas als Brückentechnologie zu setzen. Nord Stream 2 dient der Energiesicherheit in M-V, Deutschland und Europa. Den Erpressungsversuchen, Sanktionen und Drohungen der US-Administration muss entschieden entgegengetreten werden. Meine Fraktion unterstützt den Weiterbau von Nord Stream 2 und trägt deshalb auch die Errichtung der Stiftung mit.“

Landesregierung muss sich auch im Bund stärker für Arbeitslose und Beschäftigte einsetzen

Zu den Arbeitsmarktzahlen für den Monat Januar erklärt der arbeitsmarktpolitische Sprecher der Linksfraktion, Henning Foerster:

„Die Corona-Pandemie hat den jahrelangen wirtschaftlichen Aufschwung auch in Mecklenburg-Vorpommern beendet. Die Kurzarbeiterregelung bewahrt uns gegenwärtig noch vor einem massenhaften Anstieg der Arbeitslosigkeit. Aber langsam geht den Unternehmen auch bei uns die Puste aus, denn das Kurzarbeitergeld muss vorfinanziert werden. Die Friseurkette Klier und die Parfümeriekette Douglas mit Filialschließungen sind erst der Anfang. Mit jeder Verlängerung des Lockdowns wachsen die Probleme. Zudem steigt die Zahl der Langzeitarbeitslosen in M-V den 9. Monat in Folge. Meine Fraktion fordert deshalb Ministerpräsidentin Manuela Schwesig auf, sich gegenüber dem Bund umgehend für folgende Maßnahmen einzusetzen:

1. Verlängerung des Bezugs von Arbeitslosengeld um sechs Monate, um den Absturz in Hartz IV zu verhindern,

2. Verlängerung des erleichterten Zugangs zur Grundsicherung (Hartz IV) über den 31. März 2021 hinaus,

3. Corona-Zuschlag für Hartz-IV-Haushalte,

4. Unterstützung für Unternehmen bei der Zahlung von Kurzarbeitergeld,

5. Einführung eines Mindestkurzarbeitergeld in Höhe von 1200 Euro.“

Ein kleinlautes Eingeständnis, aber dafür große Erinnerungslücken

Zur Vernehmung des Innenministers a.D., Lorenz Caffier, im Amri-Untersuchungsausschuss des Bundestags erklärt der innenpolitische Sprecher der Linksfraktion, Peter Ritter:

„Nach mehreren Wendemanövern der Hausspitze des Innenministeriums gesteht Lorenz Caffier nun ein problematisches Eigenleben des Landesverfassungsschutzes ein. Eine Teilverantwortung liegt zweifelsohne beim kürzlich entlassenen Leiter der Abteilung, Reinhard Müller. Caffier ließ ihn jedoch über Jahre gewähren und Innenstaatsekretär Thomas Lenz interessierte sich offenbar nur halbherzig für diese Vorgänge.

Zu erwarten war allerdings, dass der Ex-Innenminister unter der bei Zeugen weit verbreiteten Kurzzeitamnesie leidet und sich auf Erinnerungslücken beruft. So bleiben auch nach der Vernehmung Caffiers zahlreiche Fragen offen. Seit wann wusste der Staatssekretär von den Verfehlungen des damaligen VS-Chefs Müller? Warum wurde Caffier erst 2019 über diese skandalösen Missstände informiert? Warum wurde Müller nicht umgehend in den Ruhestand versetzt? Bestand etwa die Hoffnung, dass Gras über die Sache wächst?

Noch auf der denkwürdigen Sitzung des Innenausschusses des Landtags im Dezember vergangenen Jahres sollte alle Schuld auf einen einzelnen ehemaligen Mitarbeiter der Behörde abgeladen werden. Politisch verantwortungsbewusstes Handeln sieht anders aus! Das gilt für Caffier ebenso wie für Innenstaatssekretär Lenz. Letzterer tut allerdings so, als wäre nichts passiert.

Der FDP-Obmann Benjamin Strasser hat daher Recht, wenn er fordert, dass im Landtag M-V im Innenausschuss oder in einem Untersuchungsausschuss weitere Aufklärungsarbeit zu leisten ist. Leider sind alle diesbezüglichen Initiativen der Linksfraktion am Widerstand der Koalitionsfraktionen gescheitert. Ich erneuere deshalb meine Einladung an die Obleute aller Fraktionen des Amri-Untersuchungsausschusses des Bundes nach Schwerin zu kommen, um vor allem der hiesigen Koalition die Notwendigkeit weiterer Untersuchungen zu verdeutlichen.“

Linksfraktion mit Vorschlägen für erschwingliche Pflege

Zur Ablehnung des Antrages „Hohe Eigenanteile in Pflegeeinrichtungen endlich spürbar senken und deckeln“ erklärt der sozialpolitische Sprecher der Linksfraktion, Torsten Koplin:

„Pflege in einer Pflegeeinrichtung bedeutet für viele Betroffene und ihre Angehörigen oft das finanzielle Aus. Mit ohnehin schon niedrigen Durchschnittsrenten in M-V besiegeln die anfallenden Eigenanteile für die Pflege oft die Altersarmut.

Statt eigene Handlungsmöglichkeiten zu ergreifen und die Eigenanteile in der Pflege endlich spürbar zu senken, zeigt die Landesregierung auf den Bund. Dort passiert aber ebenfalls nicht viel. Die im Bund vorgelegten Eckpunkte für eine angekündigten Pflegereform werden keine spürbaren Erleichterungen für die Menschen in M-V bringen. Das ist heute schon klar. Auch die Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Weiterentwicklung der Pflegeversicherung hat nach mehr als einem Jahr Einsetzungsbeschluss ihre Arbeit noch nicht aufgenommen.

Es ist an der Zeit, dass die Landespolitik selbst die Ärmel hochkrempelt, Worten Taten folgen lässt und auch auf Bundesebene Druck macht. Der Zustand von Eigenanteilen um die 1700 Euro monatlich ist nicht länger hinnehmbar. Mit dem vorliegenden Antrag zeigen wir auf, was umgehend getan werden muss, um die Eigenanteile nachhaltig zu senken und zu begrenzen. So sind die Investitionskosten vollständig durch das Land zu übernehmen, die rein pflegebedingten Kosten zunächst bei 400 Euro zu deckeln und ab 2022 dann ganz durch eine solidarische Pflegevollversicherung zu übernehmen. Auch die Ausbildungsumlage muss gedeckelt werden, Steigerungen sind nicht mehr durch die Pflegebedürftigen abzufangen. Meine Fraktion setzt sich dafür ein, dass eine Rente für die Pflegekosten ausreicht und auch noch Geld für die angenehmen Dinge des Lebens übrigbleibt.

Wir nehmen die Ministerpräsidentin Manuela Schwesig beim Wort, die heute in der Debatte angekündigt hat, zu den Anliegen eine Bundesratsinitiative auf den Weg zu bringen.“

BERICHT VON DER BÜRGERSCHAFTSSITZUNG AM 20.1.

In jedem neuen Jahr ist alles zum ersten Mal. So war es auch für unsere Bürgerschaft, welche ihre Sitzung am 20. Januar in der Stadthalle abhielt.

Unsere Bürgerschaftspräsidentin Regine Lück begrüßte alle 49 anwesenden Abgeordneten der Parteien und wünschte uns allen, dass wir uns durch eine konstruktive und gute Zusammenarbeit im kommenden Jahr im Interesse aller Rostocker auszeichnen werden. Danach informierte die Präsidentin. Unser Genosse Phillip Bock hat zum Jahresende 2020 auf sein Bürgerschaftsmandat verzichtet und unsere Stadt auf seinem Lebensweg verlassen. Wir danken ihm für seine ehrenamtliche Arbeit und wünschen ihm hiermit nochmals gutes Gelingen und viel Freude in seinem neuen Lebensabschnitt. Als neues Bürgerschaftsmitglied für die LINKE rückt der Genosse Thomas Koepcke nach, er wurde auch sogleich von Präsidentin Regine Lück verpflichtet.
Des Weiteren wurde mitgeteilt, dass Dr. Wolfgang Nitzsche seit dem 8. Dezember 2020 neuer Vorsitzender des Ortsbeirates Seebad Warnemünde/Diedrichshagen ist. Beiden wünschen wir eine ruhige und sichere Hand in Erfüllung ihrer neuen, ehrenamtlichen Aufgaben.

Nach Klärung weiterer Formalien und Ankündigungen kam es zu den Anträgen. Auftakt machte ein Antrag der FDP, der die „Versorgung mit Essen an Schulen in kommunaler Trägerschaft“ zum Thema machte. Julia Kristin Pittasch trat hier gewohnt polemisch und herablassend auf. Ihrem marktliberalen Profil entsprechend, beabsichtigt die FDP mehr Wettbewerb über kleinere Lose bei der Ausschreibung des Schulessens zu erreichen. Das, so die liberale Lesart, würde zu einem Sinken der Preise bei gleichzeitigem Steigen der Qualität führen. Diese Annahme wurde aber bereits mehrfach durch die Verwaltung geprüft und widerlegt. Begründet wurde diese FDP-Forderung weiterhin mit einer angeblich unterirdischen Qualität beim Schulessen.
Christian Albrecht hielt in seiner Rede dagegen. Essen sei ein streitbares Thema, aber von der Vorstellung, dass man es erreichen könne, dass es allen schmeckt, muss man sich wohl verabschieden. Geschmack ist aber etwas anderes als Qualität. Zwar könne man gerne darüber reden diese zu steigern, allerdings sei die Qualität beim Schulessen bei weitem nicht so schlecht, wie von Vertretern von FDP, CDU und Grünen regelmäßig behauptet. Noch höhere Qualitätsstandards bedeuten aber auch höhere Preise. Hier gilt es eine gute Balance zu wahren und auch an einkommensschwache Familien zu denken.
Der Stadtelternrat führt immer wieder Umfragen zum Thema Schulessen durch. Die Qualität wird hierbei seitens der Eltern und der Kinder kaum bemängelt. Kritikpunkt Nummer 1 ist der Preis, der aktuell bei etwa 4€ pro Mittagessen liegt. Hier

Hier verabschiedet unsere Bürgerschaftsfraktion Phillip Bock. Er geht in den Westen.

muss man ansetzen, wenn es das Ziel ist, dass mehr Kinder als bisher am Mittagessen teilnehmen. Kleinere Lose und mehr regionale und Bioprodukte werden aber das Gegenteil erreichen. Letztlich führt eine Aufteilung der Lose aber in jedem Fall dazu, dass wir in den unterschiedlichen Gebieten der Stadt dann jeweils andere Standards, Qualitäten und Preise haben würden und es zu einer Benachteiligung der Kinder in „unattraktiveren“ Gebieten der Stadt kommen kann.
Senator Steffen Bockhahn bestätigte im Anschluss, dass es immer jemanden geben wird, der über das Schulessen meckert. Den Ausschreibungen für das Schulessen gehe aber immer ein breites Beteiligungsverfahren voraus. 2017 gab es im Rahmen dieses Verfahren nur einen Anbieter, der die Ausschreibungskriterien erfüllt hat. Mit diesem Anbieter wurden mehrere Testessen durchgeführt, bei denen 90% der Teilnehmer sehr zufrieden mit dem Essen waren. Auch seien alle Anbieter den gesetzlichen Regelungen der Hygiene und Lebensmittelgesundheit verpflichtet, so dass auch hier Standards gewahrt blieben. Ziel, so Bockhahn, sei es allen Kindern zum gleichen Preis das gleiche Essen in gleicher Qualität zu ermöglichen.
Genossin Eva-Maria Kröger erinnerte am Ende der Diskussion, dass das regelmäßige Kritisieren der Qualität bei unserem jetzigen Anbieter eine Mittelmäßigkeit suggeriert die einfach nicht stimmt. Das Schulessen in Rostock genügt bereits heute hohen Standards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung. Auch ist bereits jetzt ein fester Anteil der Lebensmittel aus regionalem Anbau. Die ständige Kritik am Essen ist den Mitarbeitern des Unternehmen gegenüber, welche täglich das Essen kochen, unfair. Und in unseren Augen falsch und sehr respektlos. Denn, so Eva weiter, jedes dritte Kind in Rostock kommt mit Hunger in die Schulen. Dies kann nicht sein und sollte schnellstens beendet werden. Und das schafft man nur, wenn man Kinder dazu bewegt die Schulspeisung zu nutzen und nicht Chips vom Supermarkt um die Ecke zu besorgen. Dies wurde auch von den anderen Fraktionen so gesehen. Der Antrag der FDP wurde abgelehnt.

Der nächste Antrag war ein Dringlichkeitsantrag der Fraktionen SPD und DIE LINKE. PARTEI und beinhaltete die „Aufrechterhaltung der Arbeit der Bürgerschaft und ihrer Gremien während der SARS-CoV-2-Pandemie“.
So sind im Januar alle Ortsbeiratssitzungen und einiger Gremien durch die geltenden Pandemiebestimmungen ausgefallen. Der Dringlichkeitsantrag soll dem Ausfall entgegenwirken. Dafür soll der Bürgermeister damit beauftragt werden, umgehend alle notwendigen Voraussetzungen zu schaffen, dass Gremien, Ausschüsse oder Ortsbeiräte weiterhin tätig sein können. Die Bürgerschaftssitzungen sollen weiterhin Präsensveranstaltungen sein. Für die anderen Gremien soll die Durchführungen von Sitzungen als Videokonferenz oder Hybridsitzung möglich sein. Bei Hybridsitzungen ist ein Teil anwesend und andere Teilnehmer sind per Video zugeschaltet. Der Antrag wurde angenommen.
Die Ortsbeiräte sind für ihre kommende Sitzung im Februar angewiesen Vorschläge zu machen, wie sie in den kommenden Monaten digitale Versammlungen stattfinden lassen wollen. Unsere Fraktion empfiehlt das Bürgerschaftsmodell, bei dem jedes Bürgerschaftsmitglied ein Pad leihweise für die Arbeit in den Gremien bekommt.

Die Verwaltung soll dann im März, so der Antrag, Vorschläge unterbreiten wie sie sich die Schaffung der technischen Voraussetzungen und die Einweisung in die Nutzung der Geräte vorstellt.

Als nächster Tagesordnungspunkt: Strukturen zur Durchführung der BUGA. Der geplante Verkauf von Anteilen der RGS an einen privaten Investor.
Bürgermeister Madsen hat über die Medien angekündigt, im Rahmen der Vorbereitung und Durchführung der BUGA 2025 Anteile des kommunalen Unternehmens der „Rostocker Gesellschaft für Stadterneuerung, Stadtentwicklung und Wohnungsbau mbH“ kurz RGS, zu verkaufen. Im Sachverhalt heißt es dazu: Im Zuge der Diskussion zur Struktur für die Durchführung der BUGA 2025 gibt es Überlegungen, einen Dritten an der RGS zu beteiligen, um die Gesellschaft dann als Träger zur Durchführung der Bundesgartenschau zu nutzen. Die Bürgerschaft sieht zwar die Notwendigkeit zur Heranziehung externer Partner, um die BUGA 2025 zu verwirklichen, wird dafür jedoch nicht die RGS oder Anteile der RGS verkaufen. Welche konkreten Effekte man sich von einer (Teil)Privatisierung der RGS erhofft, konnte OB Madsen allerdings zu keinem Zeitpunkt erläutern.
Seit über 25 Jahren begleitet uns die RGS in Rostock und macht hervorragende Arbeit. Der Hauptausschuss hat im Dezember einen Beschluss gefasst, der die Geschäftsführung der Gesellschaft beauftragt sich Gedanken darüber zu machen, wie die Gesellschaft zukunftsfest aufgestellt werden kann.

Fraktionssitzung

Für unsere Fraktion sprach Eva-Maria und betonte, dass die Arbeit der RGS eine wichtige Arbeit für unsere Stadt ist, welche in kommunaler Hand und zu 100 Prozent auch weiterhin eine kommunale Tochter bleiben soll. Das Stichwort hierfür ist Daseinsvorsorge. Ein so wichtiges Instrument der Stadtentwicklung muss in öffentlicher Hand und damit unter demokratischer Kontrolle bleiben. Bei der Abstimmung enthielt sich die CDU, alle anderen Fraktionen haben zugestimmt.

Im Oktober letzten Jahres hat die Bürgerschaft, trotz unserer wichtigen Bedenken und Gegenstimmen, für die Durchführung der BUGA im Jahr 2025 gestimmt. Nun wurde mit dem Antrag „Umsetzung und Verortung aller BUGA-Aufgaben“ darüber entschieden, wie die Entwicklung des Projektes festgemacht und durchgeführt werden kann. Dafür gab es im Vorfeld insgesamt sechs Varianten zum Vorschlag.
Von der Variante „ganz nah an der Verwaltung“ unter Einbindung der RGS bis hin zur Variante „komplett externer Veranstalter“ war alles in den Vorschlägen vorhanden. Gefolgt sind wir dem Vorschlag des BUGA-Ausschusses, der eine Verschmelzung der IGA Rostock 2003 GmbH und der BUGA 2025 GmbH vorsieht. Wesentlicher Vorteil der Verschmelzung ist die sofortige Handlungsfähigkeit, das Vermeiden von Doppelstrukturen innerhalb IGA und BUGA, die Bündelung von Investitionen und Durchführung in einer Gesellschaft und der Transfer von Know-how von einer GmbH zur anderen.
Da die IGA nun schon einige Jahre zurückliegt, haben sich die Aufgaben der IGA sehr eingeschränkt, und das Wissen um Bauherrentätigkeit, Projektsteuerung und Projektleitung wurde als Schwachpunkt der IGA angesehen. Eine Verschmelzung und die Übernahme von den zehn sehr aktiven BUGA-Mitarbeitern gleichen diesen Schwachpunkt aus. Der Antrag des BUGA-Ausschusses wurde mit großer Mehrheit angenommen und die IGA Rostock 2003 GmbH muss sich in den kommenden Monat so aufbauen, dass sie eine BUGA im Jahr 2025 erfolgreich durchführen kann.

Soweit die relevantesten Themen aus der Bürgerschaft. Wenn ihr Termine oder Anträge der Bürgerschaft oder Termine eurer Ortsbeiräte sehen wollt, schaut im Internet bei ksd.rostock.de vorbei.

Text: Martin Raspe (Mitarbeit: Christian Albrecht) / Fotos: Carsten Penzlin

Trotz Pandemie ist DIE LINKE nicht im Winterschlaf. Wir arbeiten weiter in Parlamenten und Gremien, werben im Internet für unsere Politik, gehen auch manchmal etwas stecken. Zum Beispiel den Rostokker Sozialkompass, den wir derzeit in einer Auflage von 20.000 Exemplaren vor allem in den Neubaugebieten der Stadt unter die Leute bringen. Eigentlich wäre es doch Aufgabe der Stadt, so etwas herauszubringen, lautete ein Kommentar. Tut sie aber nicht, deshalb werden wir aktiv. Im Sozialkompass stehen viele wertvolle Informationen zu sozialen Hilfsangeboten, zu Ansprechpartnern in sozialen und seelischen Notlagen, zu preisgünstigen Freizeitangeboten. Der Sozialkompass soll in Zukunft in aktualisierter Form regelmäßig neu herausgebracht werden. Er zeigt den Menschen auch, dass wir als DIE LINKE **die soziale Kraft vor Ort** sind.
Ein weiteres Angebot unterstreicht diesen Anspruch: Wir stellen unsere Technik in der Geschäftsstelle Schülerinnen und Schülern zur Verfügung: Drucken, Kopieren und Scannen ist bei uns möglich - selbstverständlich kostenlos..

WARUM WIR GEGEN ROSTOCK ALS AMAZON-STANDORT SIND

Amazon plant zwei neue Zentren in und bei Rostock – eines am Überseehafen, eines in Dummerstorf. Wir sind der Meinung, dass weder das eine noch das andere eine gute Idee ist. Die Liste mit Gründen gegen Amazon ist dabei lang: Amazon betreibt Lohndumping und Ausbeutung, zahlt weder in den USA noch in der EU auch nur annährend das an Steuern, was sie zahlen sollten, überwacht die eigenen Mitarbeiter:innen am Arbeitsplatz und schikaniert sie, sobald sie sich in irgendeiner Weise gegen den Konzern wehren, verweigert die Zusammenarbeit mit Gewerkschaften, geht aktiv gegen gewerkschaftliche Bestrebungen vor und überwacht in Deutschland außerdem u.a. ver.di, Fridays for Future, Greenpeace und Extinction Rebellion, da sie diese NGOs und Bewegungen (zurecht) als Bedrohungen empfinden. Dazu hat Amazon sogar einen eigenen internen Geheimdienst, das „Global Security Operations Center“, aufgebaut und arbeitet aktiv mit der US-Detektei „Pinkerton“ zusammen, welche in der Vergangenheit immer wieder dafür verantwortlich war, Gewerkschaften und Aufstände von Arbeiter:innen im Keim zu ersticken, beispielsweise bereits 1892 bei einem Streik von Stahlarbeiter:innen. Auf der Jobplattform XING sucht Amazon neuerdings sogar aktiv nach „Führungskräften mit militärischem Hintergrund“...

Die Beschäftigten bei Amazon erhalten nur etwas mehr als den Mindestlohn, obwohl in der Branche dank Tarifverträgen höhere Löhne üblich sind. Dabei war CEO Jeff Bezos noch bis vor kurzem der reichste Mensch der Welt (bis er von Elon Musk eingeholt wurde) und Amazon erzielte 2020 einen Rekordgewinn von 6,33 Milliarden US-Dollar. Die Arbeitsbedingungen sind dabei oft prekär; nicht ohne Grund waren Amazon-Lager in der Vergangenheit immer wieder Corona-Hotspots. Aber auch jenseits von Corona berichteten Mitarbeiter:innen in der Vergangenheit immer wieder von massivem Stress und gesundheitlichen Problemen bis hin zu Burnouts. Amazon scheint das nicht zu interessieren.

Dazu kommt die enorme Macht, die Amazon inzwischen besitzt. Der Einzelhandel beklagt die Situation schon seit Jahren, da Amazon Stück für Stück zum Monopolisten wird. Aber nicht nur die direkten Konsumangebote sind ein Problem. Amazon betreibt mit „Amazon Logistics“ inzwischen ein eigenes Logistikunternehmen, auf welches immer mehr (auch kleinere) Unternehmen setzen, was die Monopolisierung natürlich verstärkt. In einigen Städten erfolgt inzwischen sogar die „same-day delivery“, also die Zustellung noch am selben Tag. Das bedeutet nicht nur Stress für die Arbeiter:innen bei Amazon, sondern setzt auch Standards, die mit einem ökologischen und nachhaltigen Lebensstil unvereinbar sind. Außerdem ist das Unternehmen mit seinen „Amazon Web Services“ der führende Anbieter bei Hosting-Angeboten für Websites und weitere Online-Dienste, womit Amazon bereits heute – zumindest theoretisch – einen Großteil des Internets kontrollieren kann.

Bereits im Dezember machte die linksjugend ['solid] Mecklenburg-Vorpommern auf die Kampagne „Weihnachten ohne Amazon“ von Martin Schirdewan aufmerksam, der für DIE LINKE im Europäischen Parlament vertreten ist. Weihnachten ist vielleicht nicht mehr aktuell, die Inhalte der Kampagne sind es jedoch nach wie vor, weshalb wir sie an dieser Stelle auch erneut teilen wollen.

All diese Gründe machen Amazon zu einem Unternehmen, das weder mit fairer Arbeit noch dem Pariser Klimaabkommen und einem guten Gewissen vereinbar ist. Deshalb sprechen wir uns entschieden gegen die neuen Standorte aus – **nein zu Rostock und Dummerstorf als Amazon-Standorte!**

Nach Elternzeit: H&M will junge Mütter auf die Straße setzen

Mitten in der Pandemie hat der schwedische Modehändler H&M angekündigt, in den kommenden Monaten allein in Deutschland rund 800 Stellen zu streichen. Ganz ungeniert wird mit Entlassungen gedroht, wenn nicht genügend Beschäftigte „freiwillig“ gehen.

Mit den Corona-bedingten Schließungen im Einzelhandel hat das Agieren der Unternehmensleitung nicht viel zu tun. Denn dank des Kurzarbeitergeldes wird auch H&M in dieser Krise von den Personalkosten entlastet. Worum es eigentlich geht, ist die Umstrukturierung des Unternehmens auf dem Rücken der Beschäftigten in einer Zeit, in der diese sich nur schwer wehren können.

Besonders perfide dabei: Der Plan sieht vor, dass vor allem junge Mütter in Elternzeit prompt nach ihrer Rückkehr ihren Job verlieren sollen. Aus dem einfachen Grund, weil sie mit Blick auf ihre Kinder häufig nicht an Abenden und Samstagen arbeiten können. Das ist ein Schlag ins Gesicht all jener Frauen, die bei H&M trotz Schwangerschaft und Infektionsgefahr den Laden am Laufen gehalten haben.

Dass ein großes und rentables Unternehmen wie H&M so mit seinen Beschäftigten und gar mit jungen Müttern umgeht, ist skandalös. Über den tatsächlichen Stand der oft geforderten Vereinbarkeit von Familie und Beruf sagt das leider nichts Gutes aus.

Ich fordere die Geschäftsleitung auf, ihre Pläne umgehend zurückzunehmen und auf Augenhöhe mit dem Gesamtbetriebsrat und der zuständigen Gewerkschaft ver.di über die Entwicklung von H&M zu verhandeln. Dazu gehört auch, durch entsprechende Arbeitsplanung die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sicherzustellen und sich öffentlich bei den Frauen zu entschuldigen, die man jetzt so rabiat vor die Tür setzen will.

Pascal Meiser, MdB

NACHRUFE

WIR NEHMEN ABSCHIED

Wir trauern um

Genossen Klaus Graf

06. Januar 1941 24. Januar 2021

Tief bewegt und für uns alle unfassbar erreichte uns die Nachricht von seinem plötzlichen Ableben.

Sein jahrzehntelanges Engagement als Gemeindevertreter und Bürgervorsteher wirkte sich förderlich auf das Ansehen sowie die Entwicklung der Basisorganisation DIE LINKE im Ostseebad Graal-Müritz aus.

Wir werden seiner stets in Ehren gedenken.

Mit stillem Gruß

Kreisvorstand DIE LINKE.
Landkreis Rostock

Basisorganisation DIE LINKE.
Ostseebad Graal-Müritz

Persönliche Gedanken zum Ableben von Genossen Klaus Graf

Am 06. Januar 2021 gratulierte ich Klaus Graf zu seinem 80. Geburtstag. An diesem Tag telefonierten wir ca. 30 Minuten miteinander, tauschten Gedanken über vergangene Zeiten und zu aktuellen Fragen aus, nicht ahnend, dass Klaus nur 18 Tage später nicht mehr unter uns weilen wird.

Ich hatte das große Glück, Klaus Graf vor genau 35 Jahren kennen zu lernen. Zu dieser Zeit war er stellvertretender Schulleiter in Graal-Müritz. In all den Jahrzehnten habe ich Klaus als einen aufrichtigen, fleißigen und über Parteigrenzen hinaus verbindenden Menschen schätzen gelernt.

Ruhestand war nicht die Sache von Klaus. Sein Wissen um die Probleme und deren Lösungsmöglichkeiten brachte er in seine ehrenamtliche Arbeit als Gemeindevertreter im Ostseebad Graal-Müritz ein, der er als Bürgervorsteher jahrelang vorstand.

Gleiches galt für die Arbeit in der Fraktion der PDS und als langjähriges Mitglied im Vorstand der Basisorganisation Graal-Müritz der PDS und später der Partei DIE LINKE.

In diesen 35 Jahren habe ich sehr viel von Klaus lernen können, unter anderem im Bezug auf den Umgang mit den Mitmenschen.

Nicht missen möchte ich unseren erste Wahlkampfeinsatz 1990 in Graal-Müritz, die unzähligen Begegnungen während der zahlreichen Veranstaltungen der Graal-Müritzer Basisorganisation unserer Partei, aber vor allem die inhaltlichen Gespräche zu den unterschiedlichsten Themen.

Die Begegnungen mit Klaus waren für mich immer ein Gewinn und dafür bin ich unendlich dankbar.

In diesen schweren Stunden gilt mein tiefes Mitgefühl seiner Familie und vor allem seiner Frau Elke.

Ich werde Deiner, lieber Klaus, stets in Ehren gedenken.

Als letzten Gruß

Peter Hörnig
Freund und Genosse

In Sorge um die politische Ausrichtung und Zukunft unserer Partei

Erklärung an die Delegierten der 1. Tagung des 7. Parteitages

Im Herbst nächsten Jahres *(die Erklärung stammt aus 2020, Anm. d. Red.)* werden wieder Bundestagswahlen stattfinden. DIE LINKE wird erneut mit einem engagierten Wahlkampf um die Stimmen der Wählerinnen und Wähler ringen. Allerdings mehren sich, besonders bei führenden Vertretern unserer Partei, die Stimmen bezüglich einer angestrebten Regierungskoalition auf Bundesebene mit der SPD und den Grünen. Das ist zunächst fern jeder Realität und macht deutlich, dass es in unserer Parteiführung keine ernsthafte Analyse des vorhandenen Kräfteverhältnisses gibt. Abgesehen von der Unvereinbarkeit der politischen Grundlinien der drei Parteien werden sie nach heutigen Erkenntnissen keine regierungsfähige Mehrheit erreichen.
Unser Parteiprogramm, 2011 auf dem Erfurter Parteitag mit fast 97% der Stimmen der Delegierten beschlossen und im darauffolgenden Monat in einem Mitgliederentscheid mit fast 96% der Stimmen bestätigt, schreibt die Grundsätze der Politik unserer Partei fest. Dazu gehören insbesondere unsere friedenspolitischen Grundsätze, die den entscheidenden Kern unserer Politik darstellen. Wir sind im Deutschen Bundestag die einzige Friedenspartei! In einer Koalitionsvereinbarung mit SPD und Grünen auf Bundesebene müssten wir diesen entscheidenden Grundsatz unserer Politik über Bord werfen. Wir würden unser Gesicht verlieren! Dadurch werden sich zahlreiche Wähler von uns abwenden. Unsere Partei würde sich bezüglich ihrer Politik und ihrer Charakteristik entscheidend verändern. Eine zweite SPD braucht dieses Land nicht! Wir würden uns überflüssig machen und aus der politischen Landschaft diese Landes verschwinden. Dadurch hätten ca. 10% der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland keine Stimme mehr.
Wir fordern deshalb unsere Parteiführung und die Bundestagsfraktion auf, die politischen Grundsätze unseres Parteiprogramms zur verbindlichen Grundlage ihres Handelns, ihrer Politik zu machen. Wir erwarten von den Parteitagsdelegierten, dass sie Beschlüsse in dieser Richtung fassen.
Sollten beide Ebenen dazu nicht bereit sein, fordern wir einen schnellstmöglichen Mitgliederentscheid zum Thema Regierungsbeteiligung auf Bundesebene.

Bernd Gnant, DIE LINKE im Auftrag der Basisorganisation Kühlungsborn

Diese Erklärung wurde per Internet übermittelt an (PdL):
- Bundesvorstand und Bundestagsfraktion
- Landesvorstand und Landtagsfraktion
- Kreisvorstand und Kreistagsfraktion
- Bundesausschuss
- Anragskommission des Bundesparteitages
- Parteitagsdelegierte unseres Bundeslandes

NACHRUFE

WIR NEHMEN ABSCHIED

NACHRUF AUF HELMUT KÄPPLER

Der Stadtteilverband DIE LINKE Lütten Klein nimmt Abschied von einem treuen Genossen. Bereits im November 2020 verstarb Helmut Käppler im Alter von 90 Jahren. Bis zuletzt war Helmut mit einem scharfen Verstand ausgerüstet und freute sich über jeden Austausch oder eine interessante Diskussion, wenn auch nur noch per Telefon.

Helmut Käppler las unzählige Bücher und Artikel über Ökonomie, Politik oder wissenschaftlichen Inhalts. Es war ihm ein Bedürfnis, von seinem reichen Wissen abzugeben. Zum Gelingen unserer Mitgliederversammlungen trug er mit fundierten und durchaus auch kritischen Auftritten bei. Da Helmut auch viele Jahre unsere BO 93 leitete, war eine gründliche Vorbereitung jeder Versammlung für ihn selbstverständlich. Es gab regelmäßig lebhafte und umfassende Diskussionen. Natürlich empfahl er auch seinen Genossen entsprechende Literatur oder lieh sie aus.

Vor wenigen Jahren musste er den Staffelstab an jüngere Genossen weitergeben. Ein starkes Herzleiden machte ihm zu schaffen. Umso höher ist es zu bewerten, dass sich Helmut Käppler um seine an Demenz erkrankte Frau zu Hause kümmerte. Leider konnte er dadurch nicht mehr aktiv am Parteileben teilnehmen. Wir Genossen haben aber immer Kontakt zu ihm gehalten.

Seinen 90. Geburtstag feierten wir in einer kleinen Runde mit 2 ehemaligen Kollegen von ihm und einigen Genossen des Stadtteilverbandes. Wir haben Aktuelles diskutiert, aber auch viel gelacht.

Genau so werden wir Helmut Käppler in Erinnerung behalten.

DIE LINKE. LÜTTEN KLEIN

NACHRUF AUF ILSE GOTTHARDT

Mit tiefer Trauer müssen wir uns von unserer Genossin Ilse Gotthard verabschieden. Sie verstarb am 09.01.2021 plötzlich und ohne gesundheitliche Vorzeichen in ihrer Wohnung. Ilse Gotthard war buchstäblich bis zu ihren letzten Tagen aktiv. Sie schrieb noch Artikel für den Klartext, den Blitz und unser Lütten Kleiner Blättchen, zu dessen Redaktion sie auch gehörte.

Viele Jahre war sie die Vorsitzende einer BO und nahm auch in dieser Eigenschaft an den Beratungen des Stadtteilaktivs teil. Leider verkleinerte sich ihre BO, bis die Genossen nicht mehr mobil waren. Auch hier wusste Ilse Gotthard Abhilfe. Sie rief am Wochenende viele Genossen an, hörte zu, versuchte zu helfen oder zu trösten.

Vor einiger Zeit wurde Ilse Gotthard auch in das Ehrenbuch der Stadt Rostock eingetragen, was uns sehr stolz machte.

Eine andere Seite von Ilse war ihr reges Interesse an den Kulturveranstaltungen unserer Stadt. So konnte man sie bei Konzerten, Theateraufführungen oder Buchlesungen treffen. Regelmäßig besuchte sie die „Kleinen Konzerte“ im Mehrgenerationenhaus in Lütten Klein. An ihren Eindrücken ließ sie uns hin und wieder durch Artikel teilnehmen.

Vor ein paar Jahren übernahm Ilse Gotthard die Patenschaft über eine afghanische Familie. Sie war für sie Mutter und Oma und half ihnen, sich in Deutschland zurecht zu finden.

Ilse Gotthard, im Berufsleben als Lehrerin tätig, wusste wie wichtig Lob und Tadel für Menschen sind. So war es ihr oft ein Bedürfnis, wenn sie einen guten Diskussionsbeitrag hörte oder auch einen Artikel las, der sie ansprach, denjenigen anzurufen und ausgiebig zu loben.

Sie hat meistens an den Mitgliederversammlungen des Stadtteilverbandes teilgenommen und sprach auch oft zur Diskussion. Wir werden ihre Stimme, ihre Aktivitäten und ihre Warmherzigkeit sehr vermissen.

DIE LINKE. LÜTTEN KLEIN

ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

Mit Digitalisierung und neuen Köpfen in das nächste Jahr

Am 23. Oktober 2020 wurde ein neuer Vorstand gewählt. Der bisherige Vorstandsvorsitzende der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Prof. Dr. Pade, wollte aus persönlichen Gründen diese Aufgabe nicht erneut übernehmen. Gewählt wurde dann Dr. Klaus Schiffer. Der Physiker kommt aus Wismar und setzt sich dort seit ca. drei Jahren ehrenamtlich für die Stiftung ein. „Frieden, Abrüstung und der ökologische Wandel liegen mir besonders am Herzen. Der Wandel kann aber nur gelingen, wenn wir Wege zu einer gerechten Verteilung des Wohlstandes und der Ressourcen weltweit finden. Dies ist aber mit den derzeitigen Wirtschaftssystemen nicht möglich. Im Gegenteil: unsere neoliberale Lebensweise fördert eher Neid, Kriege, Elend und Flucht.“
Als weiteres neues Mitglied wurde auch Alexander Maschke begrüßt. Nach einer Berufsausbildung und einem Studium der Soziologie promoviert er nun in diesem Fach und engagiert sich darüber hinaus in der Stiftung. Die restlichen Mitglieder des achtköpfigen Vorstandes bleiben der Stiftung erhalten und garantieren für die Kontinuität und einen wachsamen Blick auf die zukünftigen Bildungsprojekte.
Bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung in MV ist zur Zeit vieles in Bewegung. Die Stiftung mit Sitz in Rostock hat in diesem Jahr, mit ihrer Geschäftsführerin Katharina Schlaack, zusätzlich zu einer Vielfalt an Bildungsangeboten auch auf eine Erweiterung durch Digitalisierung gesetzt.
„Die Pandemie machte etlichen Projekten einen Strich durch die Rechnung. Somit sind viele Veranstaltungsangebote ins Netz verlegt worden. Ich befürworte die Digitalisierung unseres Alltags, aber ich denke auch, dass der persönliche Kontakt nicht ersetzbar ist.“ Ein positiver Nebeneffekt sei aber schon jetzt zu verzeichnen gewesen: „Es gab engagiertes Feedback seitens der jüngeren Altersklassen.“Insbesondere freuen wir uns zudem auf die Besucher unseres neuen Youtube Kanals ‚Geht‘s noch?!‘.“
Mitarbeiter und Stellvertreter Stefan Nadolny, wird sein Augenmerk auf die Weiterbildungsangebote für politisch Aktive in Bewegungen und Parteistrukturen richten. Sein besonderes Interesse gilt der Kultur und ihrem Stellenwert in der Politik. Da sind ihm die Projekte des kommenden Jahres besonders willkommen, da es reich an festlichen Ereignissen sein wird. Unter anderem gilt es nicht nur den 150. Geburtstag der Namensgeberin zu feiern, sondern auch den 30. Geburtstag der Stiftung in MV. Hinzu kommt, dass die Stiftung vom jetzigen Standort in das Peter-Weiss-Haus umziehen wird. Beide Institutionen hoffen von einer örtlichen Nähe profitieren zu können. Was sich aber keinesfalls ändern wird, ist das besondere Augenmerk der Stiftung auf ein gutes und vielfältiges Bildungsangebot. *Pressemitteilung*

TERMINE

WANN?	WO?	WAS?
Mi., 24.2., 18.30 Uhr	Online	Videokonferenz des LRO-Kreisvorstandes
Sa., 6.3., 10.00 Uhr	Stadthalle Rostock	Landesparteitag
Sa./So., 13./14.3.	Tennishalle Demmin	Landesvertreterversammlung
Mi., 24.3., 18.30 Uhr	Online	Videokonferenz des LRO-Kreisvorstandes
Sa., 10.4., ab 9 Uhr	Waldemar Hof	Aufstellung der Rostocker Direktkandidat*innen zur Landtagswahl

AKTUELLES

Aktuelle Studie: Krankenhäuser überlastet, Pflegekräfte am Ende

Bereits vor der Corona-Pandemie ächzte das Gesundheitssystem unter den dramatischen Folgen jahrzehntelanger Kürzungspolitik, Wettbewerbsorientierung und Privatisierung. Es herrscht schon lange drastischer Personalmangel: 100 000 Pflegekräfte fehlen in Krankenhäusern und 100 000 in der Altenpflege. Pflegekräfte mussten deshalb schon im Normalbetrieb vor Corona oft bis zum Umfallen arbeiten. Angesichts voller Betten und aufwendiger Infektionsschutzmaßnahmen wird es Tag für Tag schlimmer. In der Pandemie eskaliert die Lage, leidtragende sind – wie so oft – gerade die, die den Laden am Laufen halten.

Für eine Untersuchung hat die Hamburger Hochschule für Angewandte Wissenschaften (HAW) 1.000 Pflegekräfte in Deutschland befragt. Die Antworten beschreiben eine dramatische Lage in den Krankenhäusern: 75 Prozent der Intensivpflegenden sagen, dass sie ihre Patienten nicht mehr angemessen versorgen können. Die Angst vor einer Infektion belastet die Pflegenden am stärksten (70 Prozent). Viele Pflegende ärgern sich sehr darüber, dass ihre Hilferufe „weder vor der Pandemie noch während oder zwischen den zwei Wellen“ ignoriert wurden“. Zudem hätten viele Kolleg*innen aufgrund der unerträglichen Zustände gekündigt, jeder sechsten Pflegekraft ist deswegen die Motivation für ihren Beruf abhanden gekommen.

Zu der Überlastung kommen das Arbeiten in voller Schutzausrüstung und die ständige Konfrontation mit dem Tod von Covid-Patient*innen hinzu, um deren Leben wochenlang gekämpft wurde. Dass die Gesellschaft dieses Engagement nur mit warmen Dankesworten honoriert und dass erst Schutzausrüstung, dann Tests und jetzt Impfungen fehlen, ist ein Affront gegenüber den Pflegekräften und ein massives politisches Versagen. Viele Pflegekräfte haben nicht mal die mickrige Corona-Prämie bekommen – auch hier Enttäuschung statt Belohnung. Doch Pflege ist mehr wert und muss besser bezahlt werden. DIE LINKE fordert deshalb 500 Euro mehr Grundgehalt in der Pflege! Jeden Monat. Auch nach Corona.

Situation auf dem Arbeitsmarkt zunehmend dramatisch

„Die Situation auf dem Arbeitsmarkt wird immer dramatischer. Viele Beschäftigte sind immer länger in Kurzarbeit und wissen nicht mehr, wie sie ihren Lebensunterhalt bestreiten sollen. 60 bzw. 67 Prozent mit Kind, aber selbst 70 bzw. 77 Prozent nach vier Monaten, sind bei einem niedrigen Lohn, zum Beispiel im Einzelhandel, in der Gastronomie oder im Hotelgewerbe, zum Leben einfach zu wenig. Viele müssen auf ihr Erspartes zurückgreifen, wenn sie denn welches haben, oder sie beantragen Hartz IV. Das Kurzarbeitergeld muss sofort auf 90 Prozent des Nettoentgelts erhöht werden - für diejenigen, die nur den gesetzlichen Mindestlohn bekommen, auf 100 Prozent. Das fordern wir seit Beginn der Krise. Doch die Bundesregierung tut zu wenig und lässt die Menschen im Stich.“, erklärt Sabine Zimmermann, arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion DIE LINKE, zum aktuellen Monatsbericht der Bundesagentur für Arbeit. Zimmermann weiter:

„Allgemein hat die Corona-Pandemie die Einkommenssituation von Millionen Menschen deutlich verschlechtert, insbesondere von denjenigen, die vorher schon nicht viel hatten. Bei vielen Beschäftigten im Niedriglohnbereich und Soloselbständigen hat sich das Einkommen deutlich reduziert. Die Langzeitarbeitslosigkeit steigt deutlich an. Die Bundesregierung muss Menschen mit geringem Einkommen und Erwerbslose endlich besser unterstützen, sonst droht eine soziale Katastrophe. Der Zugang zur Arbeitslosenversicherung muss erleichtert. und Hartz IV durch eine sanktionsfreie Mindestsicherung ersetzt werden, die wirklich vor Armut schützt und Teilhabe ermöglicht.“

IMPRESSUM

V. i. S. d. P. Carsten Penzlin

Kreisvorstand DIE LINKE. Rostock
Kröpeliner Straße 24
18055 Rostock
Telefon: 0381-4920010
Telefax: 0381-4920014
E-Mail: info@dielinke-rostock.de
Internet: www.dielinke-rostock.de

Kreisvorstand DIE LINKE. Landkreis Rostock, Geschäftsstelle Güstrow, Markt 34, 18273 Güstrow
Telefon: 03843-687311
E-Mail: landkreis-rostock@die-linke-mv.de
Internet: www.die-linke-landkreis-rostock.de

Redaktion: Peter Hörnig, Dr. Carsten Penzlin, Julia Schlaefer
Layout: Carsten Penzlin
E-Mail: redaktion.klartext@web.de

Spendenkonten der LINKEN:
Landkreis Rostock:
IBAN: DE31 2003 0000 0028 6067 07
BIC: HYVEDEMM300
Hypo-Vereinsbank
Rostock:
IBAN: DE51 1305 0000 0430 0020 84
BIC: NOLADE21ROS
OSPA Rostock
Die Auffassungen in veröffentlichten Leserbriefen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen vor.

Abonnement: 2,50 € pro Ausgabe
(Spende + Versandkosten)

LYRIK

Des Kaisers neue Kleider
(von Jürgen Riedel)

In den Titel eines Gesundheitsministers
gehüllt
schreitet Spahn fürstwichtigtuerisch
durchs Fernsehen
nackte Wahrheit:
nur auf dem Papier Gesundheitsminister
einäugige Masse sieht ihn
in Qualitätswürde gekleidet

Hirnseuche
(von Jürgen Riedel)

Herdenimmunität:
Fortschritt

Keine Immunität bei Herdentrieb
nach rechts getarnt oder offen:
Rückschritt
Kampf gegen politischen Krankheitsherd!

AGRARPOLITIK

Zukunft der Landwirtschaft in MV sichern

- Diskussionspapier -

DIE LINKE in Mecklenburg-Vorpommern fordert im Wahljahr 2021, der Land- und Forstwirtschaft sowie der Fischerei eine klare Perspektive zu geben.

Diese Wirtschaftszweige gehören ebenso, wie die schützenswerte einmalige Landschaft, zum unverwechselbaren Bild Mecklenburg-Vorpommerns.

Landwirtschaft und Umweltschutz gehören zusammen. Die Landwirte, Forstwirte und Fischer sind engagierte Umweltschützer. In ihren Verbänden wird eine wichtige Arbeit geleistet. Wir LINKE wollen nachhaltige Agrarproduktion. Nachhaltigkeit führt uns zurück zu Johann Heinrich von THÜNEN (1783–1850), und diese von ihm praktizierte Wirtschaftsweise hat unter modernen Produktionsbedingungen wieder eine große Bedeutung.

Moderne Verfahren der Landbewirtschaftung realisieren sich in der Einheit von Ökonomie, Ökologie und Sozialem. Die Landwirte legen größten Wert auf ihr wichtigstes Produktionsmittel, den Boden. Die Bodenfruchtbarkeit zu erhalten und zu verbessern, ist das entscheidende Ziel der Bewirtschaftung. Dazu sind eine bodenschonende Bearbeitung, eine optimierte Düngung und eine vielseitige Fruchtfolge erforderlich. Eine Begrenzung des Düngereinsatzes und der Anwendung von chemischen Pflanzenschutzmitteln muss auf wissenschaftlicher Grundlage und mit modernster Technik erfolgen.

Der Boden darf nicht weiter zum Spekulationsobjekt werden. Er gehört nicht in die Hand von landwirtschaftsfremden Investoren, sondern den ihn bewirtschaftenden Landwirten, die von den Erträgen leben müssen. Wir wollen gemeinsam mit den Landwirten einen effektiven Bodenschutz. Dieser erfolgt durch Maßnahmen des Schutzes vor Erosionen durch Wasser und Wind und die Anlage bzw. den Ausbau von Feldgehölzen.

In Zusammenhang mit dem Klimawandel kommt der wassersparenden Bodenbearbeitung und dem Rückhalt von Niederschlägen in der Fläche eine besondere Bedeutung zu. Die Wasser- und Bodenverbände leisten dabei gemeinsam mit den Kommunen eine wichtige Arbeit.

Wir wollen einen umfassenden Arten- und Tierschutz im Land.

Durch geeignete Anbauverfahren wird der Artenschutz und die Diversität in der Landschaft gesichert. Dafür muss es ökonomische Anreize geben. Außerdem muss die anwendungsorientierte Forschung im Lande weiterentwickelt werden. Einen Beitrag wird das „Mustergut Tellow“ leisten. Wir wollen darüber hinaus sowohl die Hochschul-, als auch die praktische Lehrausbildung stärken, um die Zukunft der Betriebe zu sichern.

Wir wollen mehr Tierschutz in der Haltung von Nutztieren. Dafür sind ökonomische Anreize erforderlich. Eine Nutztierhaltung sollte immer bodengebunden sein. Als Bestandsobergrenze gelten 2 GV/ha. Dadurch wird die Eigenversorgung mit Futter und die ökologische Abproduktverwertung garantiert. Für die Sicherung der Weidehaltung sind Obergrenzen für die Wolfspopulation in den Regionen erforderlich. Obergrenzen sind auch für Biber und Kormorane erforderlich.

Wir wollen die regionale Produktion, Verarbeitung und Vermarktung von hochwertigen Lebensmitteln. Die Landwirte leisten einen Beitrag zum Übergang zu erneuerbaren Energien und damit zur Bewältigung des Klimawandels.

Das Preisdiktat der Verarbeitungskonzerne und der Lebensmittel-Discounter muss gebrochen werden. Die Erzeugerpreise für die gesunden, qualitativ hochwertigen landwirtschaftlichen Erzeugnisse müssen auskömmlich für die Produzenten sein.

Wir wollen eine gemeinsame Agrarpolitik der Europäischen Union, die auf Nachhaltigkeit, Klima- und Umweltschutz sowie Sicherung der Existenzen der Betriebe ausgerichtet ist.

Geben wir den Landwirten, Forstwirte und Fischern eine Perspektive im Lande.

Autoren: Peter Georgi, Peter Hörnig, Fritz Tack

Gewinner: Joseph „Joe“ Robinette Biden, Jr. ist seit 20. Januar 2021 der 46. Präsident der Vereinigten Staaten
Verlierer: Donald John Trump war von 2017 bis 2021 der 45. Präsident der Vereinigten Staaten

MONATSZITAT

Die CDU hat einen neuen Vorsitzenden gewählt. Bernd Riexinger, Vorsitzender der Partei DIE LINKE, dazu:
„Die CDU setzt auf planlos. Erst hat Laschet das Krisenmanagement in NRW in den Sand gesetzt und jetzt soll er die CDU durch die Krise führen. Laschet geht völlig ohne politischen Kompass ins Wahljahr: Einsatz gegen Rechtsextremismus? Fehlanzeige. Regulierung der Fleischkonzerne? Fehlanzeige. Der neue Vorsitzende der CDU wird weiter versuchen, ein konservatives Politikmodell zu retten, dass keine Antworten für die Zukunft hat. Statt der Politik von gestern brauchen Visionen für die Zukunft: eine solidarische Gesellschaft, eine klimagerechte Wirtschaft, unabhängige Politik, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt.“

MONATSZAHL

„Die reichsten 1000 Menschen konnten ihre Pandemie-bedingten Verluste in nur neun Monaten wettmachen. Die ärmere Hälfte der Menschheit wird hingegen voraussichtlich über ein Jahrzehnt brauchen, um die wirtschaftlichen Folgen der Krise zu bewältigen.“ Oxfam-Bericht: „Das Ungleichheitsvirus“

LYRIK

Winterliebe *(von Janina Niemann-Rich)*

Sternenlicht
auf Schneeglöckchenwiese

In mir *(von Janina Niemann-Rich)*

Eisschmelze
Eiszeit
noch

Jahreszeiten *(von Janina Niemann-Rich)*

Gedankenwinter
Einbahnstraße
Hoffnungssommer
Horizontnähe